



Paris-konformes Generationenkapital

Staatliche Anlagen generationengerecht ausgestalten!

Bis zu 128 Mrd. Euro investiert der Bund nach aktuellen Informationen am Finanzmarkt (Lenkert et al. 2024). Für die Rücklagen-Fonds für Bundesbeamten:innen (Gojdka 2022) und für den Kernkraftentsorgungsfonds KENFO (Samborski et al. 2024) ist bestätigt, dass weiterhin in Unternehmen investiert wird, die ihr Geschäft mit fossilen Energieträgern wie Öl oder Gas betreiben. Mit der geplanten Einführung des „Generationenkapitals“ als Teil des Rentenpakets II wird sich das vom Bund am Finanzmarkt investierte Kapital erheblich erhöhen, um mindestens 200 Mrd. Euro bis 2035 (BMF 2024).

Die aktuelle Bewertung der Aktien an den weltweiten Finanzmärkten orientiert sich aktuell nicht an dem in Paris 2015 vereinbarten 1,5 Grad-Ziel, sondern an einer globalen Erwärmung von deutlich über 2 Grad.¹ Daher ist es wichtiger denn je, dass sich der Finanzmarkt Paris-konform ausrichtet. Der Bund kann und muss hierzu seinen entscheidenden Beitrag leisten, sonst kommt dies mit der Aufgabe des 1,5 Grad-Ziels gleich. Als zentraler Akteur im Finanzmarkt genießt er Vertrauen und Vorbildcharakter (UBA 2022). Wie der Sustainable-Finance-Beirat der Bundesregierung jedoch anmerkt, ist die Nachhaltigkeitsstrategie der Kapitalanlagen des Bundes nicht ausreichend transparent und konsequent (Jeromin et al. 2024).

Für alle aktuellen und künftigen Kapitalanlagen des Bundes muss daher ein neues Kapitel nachhaltiger Anlagepolitik aufgeschlagen werden. Klima.Gerecht schlägt dafür folgende drei Leitplanken vor, die auch in wissenschaftlicher Hinsicht gut begründet sind.²

1. Die bisherigen Anlagegrundsätze Rendite, Liquidität und Sicherheit³ müssen um den vierten Grundsatz Nachhaltigkeit ergänzt werden (Jeromin et al. 2024). Um Rechtssicherheit zu gewährleisten, muss dieser Grundsatz gesetzlich festgeschrieben werden. Anlageentscheidungen basieren dann auf dem Zusammenspiel der vier Grundsätze.
2. Unternehmen, deren Umsatz hauptsächlich auf fossilen Energien, z.B. Öl beruhen, setzen ihre Transformationspläne häufig nicht glaubhaft um. So verringerte das Unternehmen BP kürzlich seine Klimaziele für 2030 (Spiegel 2023). Aktuell prüft, kontrolliert und beeinflusst der Bund als Anleger die Transformationspläne solcher Unternehmen nicht so, dass diese Unternehmen erfolgreich transformiert werden können (Engagement) (Jeromin et al. 2024). Der Bund sollte deshalb fossile Unternehmen ausschließen, die ihr fossiles Geschäft expandieren, sowie solche, die keine messbaren und ausreichend schnellen Transformationspläne vorlegen, um in Zukunft Paris-konform zu wirtschaften.⁴

¹ Siehe hierzu insbesondere das Phänomen der „Carbon Bubble“, untersucht in (Hähl et al. 2021).

² Zu einem wissenschaftlichen Überblick über die Wirkung staatlicher Kapitalanlagen (Wilkens et al. 2022).

³ Siehe hierzu: § 5 II S.1 VersRücklG oder § 80 I S. 2 SGB IV.

⁴ Siehe hierzu die Dekarbonisierungsempfehlungen der Zentralbanken (NGFS 2024) sowie beispielhaft die Ausschlussliste in §7 II NaFiBWG.



3. Der Bund muss die staatlichen Anlagerichtlinien genauso wie Ausschlüsse transparent und öffentlich kommunizieren. Nur durch mutige Kommunikation und ein klares Bekenntnis zur nachhaltigen Kapitalanlage, kann der Bund die Transformation glaubhaft vermitteln. Dadurch können Anleger ihre Investitionen an diesem Signal orientieren (Signaling-Effekt) (Jeromin et al. 2024). Außerdem müssen alle Anlageportfolios zugänglich veröffentlicht werden.

In Bezug auf das Generationenkapitalgesetz (GenKapG)⁵ fordert Klima.Gerecht, folgende Prinzipien in den Gesetzestext aufzunehmen:

- Der Anlagegrundsatz Nachhaltigkeit soll explizit genannt werden.
- Für das Generationenkapital sollen Ausschlusskriterien für Unternehmen festgelegt werden, deren Umsatz auf den fossilen Brennstoffen Kohle, Gas und Öl beruht.⁶
- Alle Informationen über die Anlageposten, Ausschlüsse und Nachhaltigkeitsziele der Kapitalanlage sind zu veröffentlichen.

Mittelfristig spricht sich Klima.Gerecht dafür aus, eine einheitliche, nachhaltige Anlagestrategie für Kapitalanlagen des Bundes zu entwickeln. Ziel ist die Dekarbonisierung aller Portfoliounternehmen (NGFS 2024). Dazu sollte ein Kapitalanlagengesetz in Anlehnung an das „Gesetz für nachhaltige Finanzanlagen in Baden-Württemberg“⁷ eingeführt werden. Diese Anlagestrategie sollte mit den Nachhaltigkeits- und Anlageprinzipien der EU abgestimmt werden.⁸ Dies erhöht den Einfluss der Strategie. Allgemein sollte sich Deutschland an erfolgreichen „Best-Practice“-Modellen zur nachhaltigen Steuerung von Kapitalanlagen aus anderen Ländern wie beispielsweise Norwegen (NBIM 2023) orientieren.

Wir sind überzeugt, dass das Generationenkapital und die staatlichen Kapitalanlagen mit diesen Maßnahmen generationen- und klimagerechter werden

⁵ GenKapG Referentenentwurf (BMAS 2024).

⁶ Siehe hierzu die Ausschlussliste in §7 II NaFiBWG.

⁷ NaFiBWG, Gesetzestext in (BW 2023).

⁸ Siehe hierzu insbesondere den EU Paris-aligned-Benchmark (EU 2020).



Literatur

BMAS 2024: Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung des Rentenniveaus und zum Aufbau eines Generationenkapitals für die gesetzliche Rentenversicherung, https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Gesetze/Referentenentwuerfe/ref-gesetz-zur-stabilisierung-des-rentenniveaus-aufbau-generationenkapital.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (20.09.2024).

BMF 2024: Das Generationenkapital: für eine moderne Rente: <https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/Ausgabe/2024/03/Inhalte/Kapitel-2-Fokus/generationenkapital.html> (20.09.2024).

BW 2023: Gesetz für nachhaltige Finanzanlagen in Baden-Württemberg (NaFiBWG), <https://www.landesrecht-bw.de/bsbw/document/jlr-NachFinAnlGBWrahmen> (20.09.2024).

EU 2020: Verordnung des EU-Parlaments und des Rates im Hinblick auf Mindeststandards für EU-Referenzwerte für den klimabedingten Wandel und für Paris-abgestimmte EU-Referenzwerte, <https://eur-lex.europa.eu/eli/reg/2020/1818/oj?locale=de> (20.09.2024).

Gojdka 2022: Bund investiert Millionen in Öl und Kohle, <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/oel-gas-bund-anlagen-1.5546763> (20.09.2024).

Hähl et al. 2024: Carbon Bubble – Analyses, economic risks, measures and instruments, https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2021-07-06_texte_23-2021_carbon_bubble_eng.pdf (20.09.2024).

Jeromin et al. 2024: Empfehlungen des SFB für nachhaltige Kapitalanlagen der öffentlichen Hand, https://sustainable-finance-beirat.de/wp-content/uploads/2024/09/SFB_Stellungnahme_zu_nachhaltiger_Kapitalanlage_der_oeffentlichen_Hand.pdf (20.09.2024).

Lenkert et al. 2024: Kleine Anfrage: Klimawirkungen der Kapitalanlagen des Bundes in der Kohle-, Gas und Erdölindustrie, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/118/2011876.pdf> (20.09.2024).

NBIM 2023: Responsible Investment, <https://www.nbim.no/en/responsible-investment/> (20.09.2024).

NGFS 2024: Decarbonisation strategies for corporate portfolios of central banks, https://www.ngfs.net/sites/default/files/media/2024/05/16/ngfs_technical_document_on_decarbonisation_strategies_for_corporate_portfolios_of_central_banks_0.pdf (20.09.2024).

Samborski et al. 2024: KENFO: Wie der staatliche Atomfonds den Klimawandel anheizt, https://www.urgewald.org/sites/default/files/media-files/urgewald_KENFO-Briefing-2024-de.pdf (20.09.2024).

Spiegel 2023: Ölmultis kassieren offenbar ihre Klimaziele, <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/shell-bp-exxon-oelkonzerne-kassieren-offenbar-ihre-klimaziele-a-949f41a9-b22e-4fe2-98c4-fae11272fb0a> (20.09.2024).

UBA 2022: Der Staat und seine Rollen im Kontext von Sustainable Finance, <https://www.umweltbundesamt.de/der-staat-seine-rollen-im-kontext-von-sustainable#undefined> (20.09.2024).

Wilkens et al. 2022: The Impact of Sustainable Investment Funds - Impact Channels, Status Quo of Literature, and Practical Applications, https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=4205546 (20.09.2024).

Bildquelle oben: https://img.aachener-zeitung.de/public/lokales/hwt6c5-3533552895-07bd353c78.irprodgera-idveth.jpg/alternates/BASE_SIXTEEN_NINE/3533552895_07bd353c78.irprodgera_idveth.jpg

